

Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Anzeigen, die viergespaltene
Zeitspalt 20 Pf.
in Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungspreisliste Nr. 2304.
Redaktion und Expedition:
Berlin O.,
Münchebergerstr. 15.

des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Duncker).

Nr. 9.

Berlin, den 2. März 1900.

XI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an A. Bahlke, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, Geldsendungen an F. Liebau, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, zu adressiren.

Der Tischlerstreik in Berlin.

Unsere Berliner Kollegen sind in einen Massen-Ausstand eingetreten. Die Nachricht mag unseren Genossen in der Provinz überraschend gekommen sein, da sie über die Verhältnisse in Berlin nicht unterrichtet genug sind. Uns hat dieselbe keine große Ueberraschung gebracht, da wir gar wohl wußten, daß die Frage der einheitlichen Lohnregulirung früher oder später zu einem Konflikt führen mußte. Derselbe spielte sich folgendermaßen ab:

Sonntag vor acht Tagen hielten die Möbel- und Ladentischler, Drechsler und Möbelpolierer zwei Versammlungen ab, die so zahlreich besucht waren, daß die Lokale (Wipz im Friedrichshain und Keller in der Koppenstraße) polizeilich gesperrt werden mußten. In beiden wurde der sofortige Ausstand beschlossen, falls die Arbeitgeber von Neuem die Forderung der einheitlichen Lohnregulirung ablehnen sollten.

Am Montag legten daraufhin in über 400 Werkstätten gegen 6000 Tischler die Arbeit nieder, 19 Werkstätten mit etwa 100 Arbeitern bewilligten. Die Möbelpolierer wurden in 140 Werkstätten mit 479 Mann ausständig. Die Möbeltischler stellten folgende Forderungen fest: 24 Mark wöchentliche Abschlagszahlung für schwache Arbeiter und Erhöhung der Akkordpreise, wenn dieser Lohn nicht verdient werden kann. Gleichmäßige Festsetzung der Akkordpreise für die gleichen Artikel in allen Werkstätten. Die Maschinenarbeit ist vom Unternehmer zu liefern. Wo noch sonstige Uebelstände, wie Holztragen u. dergl. bestehen, sind dieselben abzuschaffen. — Die freie Vereinigung der Holzindustriellen erklärte daraufhin, die Bewilligung dieser Forderungen sei undenkbar.

Dienstag Vormittag tagte in Keller's Sälen eine von 4000 Streikenden besuchte Versammlung, in welcher den Streikenden Bericht erstattet und zum einmütigen Vorgehen aufgefordert wurde. Der Andrang war so stark, daß Hunderte vor dem Lokal auf das Ergebnis der Berathung warten mußten. Es zeigte sich allgemein eine Einhelligkeit in der Auffassung, daß die nur sehr geringen (!) Forderungen mit aller Entschiedenheit durchgesetzt werden müssen. — Bis Dienstag Mittag hatten 55 Meister die Forderungen bewilligt, sodas insgesamt 145 Meister mit ca. 1500 Arbeitern unter den neuen Bedingungen arbeiten ließen. Die Zahl der Ausständigen betrug 5650 Mann. Während die Meister, welche der Freien Vereinigung nicht angehören, in den meisten Fällen bereit waren, sich mit den Arbeitern zu verständigen. Die Mitglieder der Vereinigung lehnten jede Verhandlung ab.

Dienstag Abend fand eine Vertrauensmänner-Versammlung statt. In derselben wurde festgestellt, daß sich 5800 Möbeltischler im Ausstand befinden. 165 Meister, die zusammen 1600 Tischler beschäftigen, hatten bewilligt. In mehr als 100 Tischlereien, in denen die Arbeitsbedingungen schon vor der Bewegung günstig waren, sind Forderungen überhaupt nicht gestellt worden. Die Versammlung be-

schloß, daß die in Arbeit stehenden Tischler wöchentlich eine Mark zu zahlen haben. Ferner wurde ein Antrag gestellt, daß die Unverheiratheten unter den Ausständigen außerhalb Berlins Arbeit suchen sollten; es handelt sich hierbei um 2051 Tischlergesellen. Nach einer längeren Debatte wurde beschlossen, diese Angelegenheit der Ortsverwaltung zu überlassen, welche, je nach der Lage des Streikes, über die Abreise der Unverheiratheten beschließen soll. Hervorgehoben wurde, daß eine Anzahl der Ausständigen Berlin schon verlassen habe.

Dienstag Abend fand auch eine Versammlung der Arbeitgeber statt, die von der Freien Vereinigung der Holzindustriellen einberufen worden war. Es wurde von allen Rednern mit einer Ausnahme hervorgehoben, daß die Forderungen der Gesellen nicht erfüllbar seien. Die Lohnkommission habe seiner Zeit mit den Meistern Verhandlungen angeknüpft, die an der Hartnäckigkeit der Gesellenvertreter gescheitert seien. Eine Verständigung sei möglich, wenn die Gesellen von dem Minimallohn von 24 Mark für sogenannte schwache Arbeiter Abstand nehmen wollten. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Streik keinen großen Umfang annehmen werde. Sollte das dennoch der Fall sein, so würden die Meister genöthigt sein, eine **Generalaussperrung** vorzunehmen. Die Versammlung beschloß eine Resolution, in der sie sich verpflichtet fest zusammen zu halten und auf Verhandlungen der einzelnen Unternehmer mit der Lohnkommission Verzicht leistet. Der Vorstand der Freien Vereinigung der Holzindustriellen wurde als „Streikabwehrkommission“ konstituiert. Es wurde in Vorschlag gebracht, die Tischlerinnung damit zu betrauen; da jedoch die neue Zwangsstimmung im Tischlergewerbe noch nicht konstituiert ist, so nahm man davon Abstand.

Am Mittwoch erfuhr der Ausstand eine weitere Ausdehnung, da eine ganze Reihe von Holzbearbeitungsmaschinen-Fabriken ihren Betrieb einstellte. Außerdem war eine Reihe von Drechslern, Holzbildhauern und Hilfsarbeitern der Tischlereibetriebe in Mitleidenschaft gezogen worden, sodas die Zahl der im Streik befindlichen Personen, wie die Arbeitgeber behaupten, nahe an 12 000 betrug. Die großen Betriebe feierten fast vollständig, nur in den kleineren und kleinen Werkstätten des Nordens und Ostens wurde noch gearbeitet. — Die Streikkommission gab folgendes andere Bild: Es seien im Laufe des Vormittags einige Bewilligungen eingegangen; man hoffe, daß die größeren Firmen in nächster Zeit folgen werden, zumal Aufträge, die nicht zurückgestellt werden können, vorliegen. Gegenüber den Angaben der Unternehmer behaupten die Arbeiter, daß die Zahl der Streikenden 8000 nicht übersteigt. Eine Ausdehnung des Ausstandes auf die Bautischler sei vor der Hand nicht zu befürchten. Man will bei der bisherigen Taktik verharren und es nicht zu einem Generalstreik kommen lassen. Es fällt den Streikleitern sehr schwer, ein genaues Bild zu erhalten, weil die Meldungen aus den einzelnen Werkstätten, besonders aus den Vororten, sehr spärlich einlaufen und weil die Möbeltischler des Verbandes die lokal-

organisirten Tischler, die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter und die anderen Branchen selbstständig ihre Listen führen.

Mittwoch Nachmittag hielten die Meister zwei große Versammlungen ab, im Norden und Süden der Stadt. Im Lokale von Ganfemig in der Reichenbergerstraße referierte Direktor Lorenz von der Möbelfabrik Pfaff und in Heusels Festhale in der Brunnenstraße beleuchtete Fabrikant Kümmer die Lage im Streik und die notwendigen Aufgaben der Meisterschaft zur Abwehr der Gesellenforderungen. Es wurde in Aussicht gestellt, daß bis zum Montag kommender Woche eine Zahl von **15 000 Arbeiter** feiern werden. Die Fraiseriebesitzer haben die Schließung ihrer Betriebe zum Sonnabend zugesagt, ebenso wollen die Unternehmer der verwandten Branchen die Möbeltischler dadurch unterstützen, daß sie ihre Arbeiter ganz oder theilweise entlassen. Es werde unmöglich sein, den Betrieb noch fortzusetzen, da bald ein Mangel an Rohprodukten eintreten muß. Auf die Holzhändler soll seitens der Freien Vereinigung der Holzindustriellen eingewirkt werden, daß sie einmal vorläufig nicht mehr nach Berlin liefern, andererseits daß sie den kleinen Unternehmern die Zahlungen stunden. Alle Redner erklärten sich außer Stände, den Forderungen der Arbeiter nach Lohn-erhöhung zu entsprechen. Man habe die im Herbst vorigen Jahres beschlossene Preiserhöhung für Tischlereiprodukte nicht durchsetzen können, dahingegen seien die Rohprodukte um 15—20 pCt., die Eisenprodukte theilweise sogar bis 50 pCt. gestiegen. Großes Aufsehen erregte die Mittheilung des Herrn Bing vom Vorstande der Freien Vereinigung der Holzindustriellen, der ausführte, daß der Vorstand genau über die Pläne der Gesellen unterrichtet gewesen sei und dagegen rechtzeitig seine Maßnahmen getroffen habe. Man wußte vor drei Wochen schon, daß der Ausstand am 19. Februar beginnen würde, und konnte so der Gefahr vorbeugen, die darin lag, daß partielle Streiks angezettelt wurden. Die Parole für die Unternehmer sei **Generalstreik bis zu dem Zeitpunkt, wo die Arbeitnehmer bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen**. Es wurden in den Versammlungen einstimmig Beschlüsse dahingehend gefaßt, daß in allen Betrieben, wo theilweise Zugeständnisse den Arbeitern gemacht sind, diese wieder aufgehoben werden. Außerdem soll auch in den Werkstätten, wo nichts verlangt wurde, prozentuale Entlassung der Arbeiter und wenn möglich Schließung der Betriebe durchgeführt werden.

Mittwoch Abend fand wieder eine Versammlung der Vertrauensmänner statt. In derselben wurde beschlossen, an der bisherigen Taktik festzuhalten und überall da die Arbeit wieder aufzunehmen, wo die Meister Zugeständnisse machen. In Widerspruch mit der Leitung des Arbeitgeberverbandes, die 12 000 Streikende aufführt, soll nach den Ermittelungen der Lohnkommission die Zahl der Ausständigen nur **5800** betragen. 165 Meister mit 1600 Gesellen haben bewilligt. Unter den Streikenden sind 2050 ledige Gesellen, die nach Weisung der Kommission nach und nach Berlin verlassen müssen.

Während der Donnerstag Vormittag ruhig verlief, kam am Abend die Bombe zum Platzen, da die Arbeitgeber die Gesellen zum **Generalstreik** zwangen. Es wurde eine Versammlung von Besitzern von Holzbearbeitungsfabriken, Fraiserien, Hobelwerken, Leistenfabriken usw. in einem Lokal der Köpenickerstraße abgehalten, in welcher folgender Beschluß gefaßt wurde:

Die heute tagende Versammlung der Besitzer von Holzbearbeitungsfabriken, Fraiserien, Hobelwerken, Leistenfabriken etc. verpflichtet sich **Freitag Abend ihre Arbeiter zu entlassen** und ihre **Betriebe zu schließen**. Die Anwesenden erwarten, daß die heute nicht vertretenen Betriebe sich diesem Beschlusse voll und ganz anschließen, insbesondere haben die hiesigen Möbelfabriken ihre Maschinenarbeiter, so weit es noch nicht geschehen ist, sofort zu entlassen.

Durch diesen Beschluß wird die Zahl der Ausständigen und Ausgesperrten sich auf über **15 000** erhöhen.

Die Meister haben weiter an sämtliche Tischlerinnungen und Fachvereinigungen ihrer Kollegen einen Aufruf erlassen. Es wird darin von dem großen Ausstande in Berlin Mittheilung gemacht und angekündigt, daß die unverheiratheten Gesellen Berlin in großer Zahl verlassen, um während der Dauer des Ausstandes außerhalb zu arbeiten.

Die Bildhauer haben an demselben Abend zu Gunsten der streikenden Tischler einen Beschlusantrag angenommen. In demselben heißt es:

1. Die in Folge des Tischlerstreiks organisirten Holzbildhauer sind als Streikende zu betrachten und deshalb seitens des Lokalvereins und der Centralkasse die Verheiratheten mit 15 Mark und pro Kind mit einer weiteren Mark, die Unverheiratheten mit 12,50 Mark pro Woche zu unterstützen.

2. Jeder arbeitende Kollege hat zur Aufbringung der dafür notwendigen Mittel einen wöchentlichen Extrabetrag von 50 Pf. zu leisten, der auf Kosten der Agitationstasse zur Einziehung gelangt.

3. Ueberall, wo die Tischler die Arbeit niedergelegt haben, haben die Bildhauer weiter zu arbeiten, und nur da, wo sie einen Druck zu Gunsten der Tischler ausüben können, die Arbeit niederzulegen.

So lagen die Verhältnisse mit Ende vergangener Woche; weiteres zu berichten werden wir in nächster Woche in der Lage sein, soweit zuverlässige Nachrichten vorliegen.

Die Schreiner von Mainz

sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten. Eine stark besuchte Versammlung hat folgende Forderungen aufgestellt, welche dem Fabrikanten- und Meisterverein überreicht worden sind:

1. Neunstündige Arbeitszeit mit einer Lohnerhöhung von 15 Prozent, Einführung eines Mindestwochenlohnes von 21 Mark.
2. Für Maschinenarbeiter einen Mindestlohn von 24 Mark, für alle, die einen so hohen Lohn schon haben, einen Zuschlag von 20 Prozent.
3. Abschaffung der Akkordarbeit, Einführung von Lohnbüchern, die Eigenthum des Arbeiters sind.
4. Abschaffung jeglicher Kautionen.
5. Bei Ueberzeit-Arbeit für Wochentage 33 1/3 Prozent, für Sonntags- und Nachtarbeit 50 Prozent Lohnzuschlag; Ueberzeitarbeit darf nur in dringenden Fällen verlangt werden.

Was die Fabrikanten zu diesen Forderungen gesagt haben, wissen wir nicht, wahrscheinlich aber ist es, daß auch in Mainz der allgemeine Ausstand ausbricht.

Auch in Breslau sollen, Zeitungsnachrichten zufolge (von unseren Genossen liegt noch kein Bericht vor), 6000 Möbeltischler und 500 Möbelpolirer die Arbeit niedergelegt haben und einen Mindestlohn von 24 Mark fordern, welchen die Meister jedoch nicht bewilligen wollen.

Die vergangene Woche im „Coburger Hof“ zu Leipzig stattgehabte, nur schwach besuchte Versammlung der Parkettbodenleger besprach die Tarifrage. In dem bereits in einer früheren Versammlung von einer Kommission durchberathenen Tarif werden u. A. bei neunstündiger Arbeitszeit 60 Pf. pro Stunde verlangt, und 33 1/3 bis 50 Prozent Zuschlag bei Ueberstunden- oder Sonntagsarbeit. In der Versammlung war die Meinung, ob die Zeit geeignet sei, den Arbeitgebern den Tarif vorzulegen und event. in eine Lohnbewegung einzutreten, eine getheilte, namentlich im Hinblick der erschienenen geringen Zahl. Es wurde daher die Beschlusfassung über den Eintritt in eine Lohnbewegung, bezw. über die Vorlegung des Tarifs bis zur nächsten Versammlung ausgesetzt.

Vom Bergarbeiterstreik

ist nicht viel Neues zu berichten. In

Böhmen

ist die Lage unverändert, die Streikenden setzen große Hoffnungen auf die Verhandlungen der Parlamente, in welchen Dringlichkeitsanträge verhandelt werden, die sich um den Kohlenstreik drehen. Allen Anträgen ist die Forderung des Achtstundentages gemeinsam. Hoffentlich gehen die Erwartungen der Streikenden nicht in die Brüche — wir erhoffen von den österreichischen Parlamenten nicht übermäßig viel.

In

Sachsen

hat der Ausstand etwas nachgelassen. Im Zwickauer Revier nimmt die Zahl der nicht Einfahrenden täglich ab. Die Regierung will vermitteln, sie hat auch die Ausweisungsbefehle gegen die ausländischen Arbeiter zurückgenommen. Auf den sächsischen Staatsbahnen, auf welchen in normalen Zeiten täglich 1680 Personenzüge mit einer Leistung von mehr als 54 000 Kilometer verkehren, ist der fünfte Theil aller Züge ausgefallen. An Lokomotivleistungen werden täglich gegen 11 000 Kilometer gespart, wodurch ein bedeutender Gewinn an Kohlen erzielt wird.

In

Thüringen

sind von Neuem Vergleichs-Verhandlungen angeknüpft worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Grubenbesitzer sich zu einigen Bewilligungen herbeilassen. Das würde den Anfang einer Verständigung bedeuten.

Rundschau.

Ueber einen interessanten Prozeß auf dem Gebiet des Vereinsrechtes wird aus Trier berichtet: Die Vorstände der hiesigen Ortskrankenkassen hatten sich in einer Wirthschaft versammelt, um die von der Behörde angeordnete und nach dem Invaliditäts-Versicherungsgesetze erforderliche Wahl von Vertretern bei der unteren Verwaltungsbehörde vorzunehmen. Obwohl die Versammlung polizeilich nicht angemeldet war, erschien doch ein Polizeiwachmeister zur Ueberwachung, wogegen der Vorsitzende Einspruch erhob. Gegen sämtliche Vorstandsmitglieder, 30 an der Zahl, wurde nun Strafbefehl von je 15 Mark erlassen, weil sie in der polizeilich nicht angemeldeten Versammlung als Leiter oder Redner aufgetreten waren. Die Bestraften erhoben Einspruch, und das Schöffengericht hatte sich mit der Angelegenheit zu befassen. Der Verteidiger der Bestraften führte aus, daß das Vereinsgesetz bei Krankenkassen nicht in Frage kommen könne, da die Beschuldigten nur einer amtlichen

Aufforderung Folge geleistet und unter dem Zwange einer Strafandrohung die Wahl vollzogen hätten. Außerdem seien die Krankenkassen ordentliche Glieder des Staates. Die Bestraften hätten sich auf privatem Wege an den Abgeordneten Hintelen um Aufklärung gewandt, und sowohl dieser wie auch das Reichsversicherungsamt waren nicht wenig erstaunt über die Thatsache, daß man Personen bestrafe, die in amtlicher Eigenschaft eine von der Behörde einberufene Versammlung abhielten. Das Gericht sprach dann auch die Angeklagten frei.

Invaliden- und Altersrenten. Nach der im Reichsversicherungsamt angefertigten Zusammenstellung, welche auf den Mittheilungen der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruht, betrug die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes bis einschließlich 31. Dezember 1899 von den 31 Versicherungsanstalten und den neun vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten 477 930. Davon sind in Folge Todes oder Auswanderung der Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen 153 611, sodaß am 1. Januar 1900 liefen 324 319, gegen 310 453 am 1. Oktober 1889. — Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 355 255. Davon sind in Folge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen 160 122, sodaß am 1. Januar 1900 liefen 195 133, gegen 196 863 am 1. Oktober 1899. — Beitragserstattungen sind bis zum 31. Dezember 1899 bewilligt a. an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 428 444, gegen 389 958; b. an die Hinterbliebenen von Versicherten 97 736, gegen 90 939; zusammen 526 180, gegen 480 897 bis zum 30. September 1899.

Mediko-Mechanisches. Der Ziegelei-Arbeiter Orjeschki hatte im Jahre 1897 einen Betriebsunfall erlitten und sich dabei einen Rippenbruch, sowie eine Quetschung des rechten Armes zugezogen. Auf Grund eines Gutachtens des Dr. med. Wagner in Poppot erhielt D. zunächst 100 Prozent der Vollrente und wurde dann in die mediko-mechanische Anstalt des Dr. Wolf in Danzig aufgenommen. Nach seiner Entlassung aus der Anstalt begutachtete Dr. Wolf, daß D. infolge des Unfalles von 1897 nur noch um 25 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt sei. Dr. Wagner, der dann noch gehört wurde, schätzte dagegen die durch den Unfall verschuldete Erwerbsunfähigkeit noch auf 60 Prozent. Die Berufsgenossenschaft setzte nunmehr die Rente auf 60 Prozent herab, indem sie die Schätzung des Dr. Wolf nicht für maßgebend erachtete. Der Verletzte hielt aber auch die 60prozentige Entschädigung für ungenügend und legte Berufung ein, doch hatte er damit keinen Erfolg. Hierauf ergriff er das Rechtsmittel des Rekurses und verlangte, daß die Vollrente wieder hergestellt werde. Sein Zustand habe sich unter der Behandlung in der Anstalt des Dr. Wolf nicht gebessert, sondern verschlimmert. Das Reichs-Versicherungsamt wies indessen den Rekurs mit der Begründung zurück, daß nach dem Gutachten des Dr. Wagner nur eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit von 60 Prozent anzunehmen sei.

Die Wohnungsfrage. Die sozialpolitischen Debatten im Reichstage haben erst in letzter Zeit wieder erkennen lassen, welch ein weites und dankbares Feld sozialer Fürsorge in der Wohnungsfrage noch zu bestellen ist. Wenn auch in vielen Orten und in den letzten Jahren auch seitens verschiedener Einzelstaaten im Interesse der Unterbeamten mancherlei Abhilfe in Angriff genommen worden ist, so ist die Wohnungsnoth, namentlich in den Großstädten, nicht minder aber in den kleinen Orten und auf dem Lande zu einer Kalamität geworden. Viele Tausende sind heute nicht in der Lage, sich eine Wohnung zu beschaffen, die ihnen genug Licht und Luft gewährt und sanitär und sittlich ein geordnetes Familienleben zu erhalten ermöglicht. Die Initiative des Reiches ist leider auf diesem Gebiete begrenzt; soweit Staatshilfe in Betracht kommt, wird die Hauptaufgabe den Einzelstaaten zufallen, insbesondere die Hauptaufgabe, durch Gewährung von Staatsmitteln und öffentlichem Kredit dem Bedürfnisse zur Herstellung gesunder, billiger und kleinerer Wohnungen Befriedigung zu verschaffen.

Nach dieser Richtung hin ist in der Ständekammer Hessen's von zwei national-liberalen Freiherrn, — man ahnt es kaum, daß auch diese sozialpolitisch angekränkt sein können — dem Freiherrn Seyl zu Herrnsheim und dem Freiherrn Rindesfel zu Eisenach, thatkräftig vorgegangen worden. Ende Dezember haben die genannten Herren in der Ersten Kammer den Antrag gestellt, die hessische Regierung um die Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die leihweise Vergabe von Staatsmitteln zur Erbauung kleiner Wohnungen zu ersuchen. Diesem Antrage haben sie Ende Januar einen zweiten folgen lassen, der näher umschreibt, in welcher Weise öffentliche Mittel für den gedachten Zweck sich flüssig machen lassen. Zunächst soll die großherzoglich hessische Landes-Kreditkasse gesetzlich in den Stand gesetzt werden, an Kommunalverbände und Gemeinden Darlehen zu bewilligen bis zu zwei Drittel des Wertes der vermöglicher Darlehen zu beschaffenden Gebäudegrundstücke, ohne daß es dazu der Bestellung hypothekarischer Sicherheit bedarf. In demselben Gesetz soll weiter bestimmt werden, daß die Landes-Kreditkasse rechtsfähigen Vereinen, Gesellschaften und Genossenschaften gegen hypothekarische Sicherheit

Geldmittel bis zu drei Fünftel des Wertes der vorbezeichnet zu beleihenden Grundstücke bewilligen kann. Schließlich soll dieses Gesetz Normativbestimmungen treffen, um zu ermöglichen, daß auch Kommunalverbände und Gemeinden, ohne der Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu bedürfen, für die Errichtung gesunder, kleiner und billiger Wohnungen Darlehen an gemeinnützige Rechtswege-Vereine, Gesellschaften und Genossenschaften und auch an solche Private bewilligen können, welche glaubhaft darthun, daß sie die Herstellung billiger Wohnungen zu gemeinnützigem Zweck, unter Ausschluß jedes persönlichen Gewinnes übernehmen.

Die Begründung dieses Antrages geht davon aus, daß das Wohnungswesen von der größten Bedeutung für die Erhaltung der moralischen wie körperlichen Gesundheit und Kraft unseres Volkes ist; daß den Mißständen im Wohnungswesen Staat und Gemeinden im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt entgegenzutreten müssen; und der Thatsache, daß die kleinen Wohnungen verhältnismäßig die theuersten sind, und gerade der kleine Mann in der Regel für die Wohnung viel mehr aufwenden muß, als dem Ertrag seiner Arbeit entspricht. Die Initiative aber liege in erster Linie bei den Einzelstaaten, und in der That seien die Verhältnisse in den verschiedenen Gebieten des deutschen Vaterlandes derartig mannigfaltig, daß es zweckmäßiger ist, wenn diese Frage jeweils in einem engeren, begrenzteren Gebiete geregelt wird, in welchem die beteiligten Faktoren mit allen einschlägigen Verhältnissen betraut sind und am besten wissen, was Land und Leuten Noth thut.

Auf diesem sozialpolitischen Gebiete, das zugleich ein sittliches ist, sagt die Begründung, „wird eine Annäherung zwischen Stadt und Land, eine Versöhnung etwa widerstreitender Interessen in gemeinnütziger Arbeit für das allgemeine Wohl herbeigeführt werden“. Auch aus diesem Grunde wird man in den anderen Bundesstaaten mit besonderer Aufmerksamkeit den Gang der Verhandlungen über diesen Antrag folgen und den Maßnahmen, die seitens der hessischen Regierung geleiteten Initiative getroffen werden.

Der „nationale Freiarbeiter-Verband“ in England.

Von unserem englischen Korrespondenten.

Ich weiß nicht, ob sich die Leser der „Eiche“ aus der Zeit des großen Maschinenbauerkampfes noch einer Gesellschaft entsinnen, welche sich Verband der „Freiarbeiter“ schimpfte. Es ist dies eine nur aus „Sekretären“ bestehende Gesellschaft, die, sobald irgendwo ein Streik oder Ausschluß stattfindet, Mitglieder aus der Zahl der arbeitsfaulen Tagelöhne zusammenbringt, um durch Streikbrecher den ordentlichen Arbeitern den Kampf unmöglich zu machen. In Wirklichkeit besteht, wie schon gesagt, diese Gesellschaft, die sich „Union“ nennt, nur aus Sekretären und einigen redengewandten Leuten, die ohne Skrupel „Kongresse“ abhalten und sich bei dieser Gelegenheit als Vertreter tausender Arbeiter aufspielen und Resolutionen fassen, welche von den Unternehmern ihnen vorgeschrieben sind und für deren Annahme sie von den Unternehmern reichlich bezahlt werden. Was ist denn der Zweck dieser Kongresse? wird man fragen. Nun, kein anderer als der, den arbeiterfeindlichen Blättern Gelegenheit zu bieten, ihren Lesern zu erzählen, daß schon wieder „eine große Arbeiterversammlung“ gegen die Tyrannei der Unions Stellung genommen, und die Hilfe des Staates gegen die Unions angerufen habe. Dann wählt der Unternehmervorstand, auf Grund dieser Klagen der Freiarbeiter, ein Komitee, dessen Sorge es sein soll, dem Parlamente klarzumachen, daß unbedingt von Staatswegen mit einem kleinen niedlichen Zuchthausgesetz gegen die Trade-Unions vorgegangen werden müsse. Das ist der Zweck. Die Trade-Unions, die diesen „Freiarbeitern“ bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatten, weil sie wußten, daß die Gesellschaft eben nur auf dem Papiere bestand, ärgerten sich wohl über die verstockten Angriffe der Unternehmer, die sie mit Recht in dem Vorgehen der sogenannten Freiarbeiter erkannten. Aber man hatte thatfächlich kein Mittel, sich der hinterlistigen Angriffe zu erwehren. Da trat plötzlich eine vollständig unabhängige Zeitschrift, die „Kritik“, für die Trade-Unions ein, und brachte die schönsten Enthüllungen über die sogenannten Freiarbeiter, diese Gesellen ermahmend, doch gar nicht zu veräußern, auf Beleidigung gegen den Herausgeber der „Kritik“ zu klagen, damit diesem Gelegenheit geboten sei, auch öffentlich, vor Gericht, seine Behauptungen zu vertreten. Das war zur Zeit des Maschinenbauerkampfes. Die Behauptungen der „Kritik“ hatten aber folgenden Inhalt:

1. Der „nationale Freiarbeiter-Verband“ ist ein nur auf dem Papier bestehender Verband.
2. Kein wirklicher Arbeiter gehört diesem Verbands als Mitglied an.
3. Der Verband hat keine eingetragenen Statuten.
4. Der Verband veröffentlicht niemals eine Abrechnung.

Diese Behauptungen waren schon für die „Freiarbeiter“ empfindlich genug, die „Kritik“ ging aber weiter. Sie stellte fest, daß die ganzen „Freiarbeiter-Unions“ lediglich aus 55 Leuten höchst verdächtigen Charakters bestünden, denen es auf Erpressung ankomme. So figurire einer dieser Leute, ein Mann Namens Abbott, als Generalsekretär der „Internationalen Vereinigung der Seeleute und

Geizer", einer Vereinigung, die niemals bestanden habe und auch heute nicht bestehe. Dieser Abbott, „der Herr Generalsekretär“, habe im Jahre 1890 für verleumderische Beleidigung eine Strafe von sechs Monaten Zwangsarbeit zudiktirt erhalten, außerdem sei er 1877 zu zwei Monaten Zwangsarbeit verurtheilt worden, weil er einen Seemann seine Kiste mit Kleidern und anderen Habseligkeiten gestohlen habe. Dieser Ehrenmann, so behauptete die „Kritik“, werde nun seit zwanzig Jahren dazu verwendet, sich als „Generalsekretär“ aller möglichen Unions, die nicht bestünden, aufzuspielen und im Namen dieser nicht existirenden Unions die wirklichen Trade-Unions zu verunglimpfen.

Weber die angegriffenen Freiarbeiter-Vereine, die ja nur auf dem Papiere bestanden, noch die Herren Unternehmer, welche hinter Abbott stecken, nahmen von den Behauptungen der „Kritik“ Notiz. Damit war aber dem Herausgeber der „Kritik“, der sich nunmehr erbot, dem Abbott und seiner Clique eine ganze Reihe von Betrugsfällen nachzuweisen, nicht gedient. Der Verfasser der Staub aufwirbelnden Artikel gab seine Behauptungen auch in Broschürenform heraus, und so mußte man endlich gegen ihn Stellung nehmen. Abbott, der Ehrenmann, klagte, und der Prozeß gegen den Herausgeber der „Kritik“, Mr. Sez, begann. Die Voruntersuchungen mußten aber wohl nicht im Sinne des Mr. Abbott ausgefallen sein, denn als der Tag der Hauptverhandlung herankam, war zwar der Angeklagte mit einer Reihe von Beweisen und Zeugen zur Stelle, aber es fehlte — der Kläger und jeglicher Vertreter des Klägers. Der Angeklagte, der vermuthet hatte, daß der Kläger Abbott auf diese Weise quasi aus Vergesslichkeit den für ihn unangenehmen Prozeß zu verlieren suchen werde, weil er ihn doch sonst nach öffentlicher Verhandlung verlieren mußte, hatte durch seinen Rechtsbeistand den Kläger noch einmal auf den Termin aufmerksam gemacht, ein Mittel, welches in England Anwendung findet, wenn eine der Parteien sich vergewissern will, daß der anderen Partei keine Entschuldigung für Nichterscheinen bleibt. — So konnte denn der Angeklagte Sez vor Gericht durch seinen Vertreter nachweisen, daß sich Abbott der Verhandlung entziehen wolle, weil er wisse, daß diese zu seinen Ungunsten ausfallen werde. Das Gericht erkannte in dem gleichen Sinne, wies die Klage gegen die Broschüre ab, und verurtheilte Abbott in die Kosten.

Auch was nun geschehen werde, hatte die „Kritik“ vorausgesagt, denn sie versicherte, daß nunmehr Abbott kommen werde, um nachträglich um Wiederaufnahme des Verfahrens zu bitten, da er den Termin „übersehen“ habe. Abbott konnte dies ungeschädigt thun, denn die Wiederaufnahme war unmöglich, da Abbott gerichtlich zum Erscheinen ermahnt war und auch seine beiden Rechtsbeistände genau über den Termin unterrichtet gewesen waren. Vor dem Publikum sah es dann aber natürlich so aus, als ob Abbott tatsächlich ein Opfer seiner Zerstreutheit geworden sei, die den Herrn „Generalsekretär“ ja bereits einmal eines fremden Mannes Eigenthum mitnehmen hieß. Das Gericht erkannte natürlich auf Verwerfung der Berufung, indem es der Ansicht war, daß ein Uebersehen des Termins nicht angenommen werden könne.

So endigte der Kampf der „Freiarbeiter“ gegen einen muthigen Vertheidiger der Trade-Unions. Wer aber etwa glaubt, daß diese Blamage der sogenannten Freiarbeiter genügen werde, um Sozialpolitiker davor zu bewahren, gelegentlich wieder über das Blühen der „Freiarbeiter-Vereine“ in England Unsinn zu produziren, der irrt sich. Die Unternehmerpresse schweigt die Niederschmetterung der in dem Solde der Unternehmer stehenden „Freiarbeiter“ todt, und schweigt überhaupt über den enthüllten „Freiarbeiter-Verband“, bis Gras über die Geschichte gewachsen ist. Kommt dann der Herbst, dann taucht der papierene Verein wieder auf, und ein anderer „Abbott“ — den jetzigen Abbott wird man wohl wegen des üblen Geruches, in dem er jetzt steht, „pensioniren“ müssen — bringt wieder Resolutionen zum Zweck einer Gesetzgebung gegen die Trade-Unions ein. Deutsche Sozialpolitiker, die sich niemals die Mühe gegeben haben, in englische Verhältnisse weiter als bis in die Speiseküche der Großfabrikanten hineinzurücken, konstatiren dann aus den großen englischen Blättern, daß in England unglaubliche Zustände herrschen müßten, daß sogar die „freien Arbeiter“ gezwungen seien, sich zusammen zu thun, um gegen die Tyrannei der Trade-Unions zu protestiren und die Hilfe des Staates anzuflehen.

So ist es immer gewesen mit der Entstellung der englischen Verhältnisse, und so wird es bleiben! Für den Herbst, der allemal dieses Märchen wieder auftauchen läßt, wollen wir uns aber diese Abbottgeschichte, und was sie über die Freiarbeiter Englands lehrt, recht gut verwahren. —

Technisches.

In welcher kürzester Frist kann man auf Ausfertigung einer Patent-, Gebrauchsmuster- und Waarenzeichen-Urkunde rechnen? Von dipl. Ing. C. Bloch, Patentanwalt, Berlin S.W., Leipzigerstr. 56. Es ist schon wiederholt und mit Recht darüber geklagt worden, daß die Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes, sofern sie durch das Patentamt ihre Erledigung zu finden haben, eine so lange Zeit in Anspruch nehmen, daß viele Industrielle von der Nachsichtung patentamtlicher Schutzmittel lieber Abstand nehmen, als wie daß sie sich in ein viele Monate dauerndes Verfahren einlassen. Es ist daher von allgemeinem Interesse, zu erfahren, in welcher kürzester Frist man einen

patentamtlichen Schutzmittel erlangen kann und ist diese selbstverständlich bei den einer Prüfung unterliegenden Patenten und Waarenzeichen eine längere wie bei den Gebrauchsmustern, welche ohne jede Prüfung des Patentamts nur registriert und nicht geprüft werden.

Im Durchschnitt wird man auf ein Patent ein Jahr zu warten haben, ehe man die die Nummer tragende Patenturkunde erhält und kommt es oft genug vor, daß bei etwa sich entgegensehenden Einsprüchen zwei Jahre bis zur Ertheilung verstreichen. Die kürzeste Frist, innerhalb derer ein Patent erlangt werden kann, beträgt 1/2 Jahr, da zwei Monate bis zum ersten Vorbescheid, fernere drei Monate bis zur Beendigung der Auslage und bis zur Beschlußfassung über die Patentertheilung verstreichen, sowie ein Monat bis zu der Patentschrift und Ausfertigung der Urkunde vergehen.

Bei einem Gebrauchsmuster kann man auf die Eintragungs-Bescheinigung im Durchschnitt innerhalb sechs Wochen rechnen, doch kommt es vor, daß sich die Ausfertigung um zwei bis drei Wochen verzögert, sofern die gewählte Form des Titels den Wünschen des Patentamts nicht entspricht. Die kürzeste Zeitdauer beträgt bei besonderer Bitte um Beschleunigung und richtiger Wahl des Titels 3 Wochen, innerhalb derer auf die Ausfertigung der die Nummer enthaltenden Urkunde gerechnet werden kann.

Waarenzeichen-Eintragungen erfolgen im Durchschnitt erst nach drei Monaten, doch kommt es vor, daß sie sich auch ein, zwei, sogar drei Jahre hinziehen, falls, was oft gar nicht vorauszusehen ist, das Patentamt Ermittlungen über die Freizeicheneigenschaft anzustellen für nöthig befindet. Die kürzeste Zeit, in der ein Waarenzeichen überhaupt erlangt werden kann, beträgt einen Monat.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Zu dem Streit der Möbeltischler, worüber schon in Nr. 8 der „Eiche“ eine kurze Notiz gebracht wurde, sei noch erwähnt, um auch unseren Genossen ein ungefähres Bild zu geben, daß dieser Ausstand am 19. Februar begann. Nachdem in einer, seitens der Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes einberufenen Generalversammlung ein Antrag, „in einen Generalstreik zur Erzielung des achttündigen Arbeitstages“ als undurchführbar abgelehnt worden, wurde es den einzelnen Branchen überlassen, ob sie in eine Lohnbewegung eintreten wollen. Die Möbeltischler traten nun am 19. Februar an die Arbeitgeber mit der Forderung heran und zwar wurden gefordert 1. Abschlagszahlung von 24 Mk. pro Woche und dementsprechende Erhöhung der Akkordpreise und Löhne; 2. für Maschinenarbeit darf den Gesellen kein Abzug gemacht werden; 3. Abhülfe der in den einzelnen Werkstätten herrschenden Mißstände. Diese Forderungen wurden nun von einem Theile der Arbeitgeber bewilligt, zum größten Theile jedoch abgelehnt. Die Freie Vereinigung der Holzindustriellen Berlins bezeichnete dieselben als „ungerechtfertigt“ und versucht nun durch allerlei Machinationen, die Meister, welche den Forderungen der Gesellen nachgegeben, zu zwingen, ihre Zusage zurückzunehmen. Zum größten Theile ist ihnen das auch gelungen. Die Zahl der im Streit befindlichen wird auf 6100 angegeben, welche Zahl sich jedoch noch erhöhen dürfte. Ein Theil der unverheiratheten Gesellen hat Berlin bereits verlassen. Jedoch ersuchen die Arbeitgeber durch ein Rundschreiben ihre Kollegen in der Provinz, Gesellen, welche aus Berlin kommen, nicht zu beschäftigen, weil jeder derselben ein Agitator sei und somit das gute Verhältnis zwischen Meister und Gesellen störe. Wie es scheint, dürfte sich dieser Streit zu einer Machfrage entwickeln, da auch andere Berufe, Drechsler, Möbelpolierer, Bildhauer u. s. w. in Mitleidenschaft gezogen werden, ebenso der größte Theil der Fraißereien und Hobelwerke, die ihre Arbeiter auf Veranlassung des Vorstandes der Freien Vereinigung der Holzindustriellen ausgesperrt hat. Was nun die Stellung des Gewerksvereins hierzu betrifft, so sei erwähnt, daß die Ortsvereinsversammlungen die gestellten Forderungen als nicht übertrieben anerkannten und somit sich auch ca. 51 Mitglieder im Streit befinden. Seitens der Vorortskommission ist jetzt der Versuch gemacht eine unserer Mitglieder in die Streikkommission zu entsenden, um so unsere Interessen bei dieser Lohnbewegung zu wahren, worüber endgültiger Bescheid noch aussteht. Wie sich nun die Dinge auch weiter entwickeln mögen, wir Gewerksvereiner können dank unserer festen Organisation, der Zukunft ohne Bangen entgegenschauen. Weitere Berichte werden folgen.

G. Mühle, Vorortschriftführer, Rügenstr. 11.

Berlin (Königst.). Zu der in voriger Nummer gebrachten kurzen Notiz kann nun ergänzt werden, daß eine Woche des Ausstandes der Berliner Möbeltischler zu Ende ist, jedoch wird der Kampf noch eine Weile andauern, obgleich sich einige Meister denen angeschlossen hatten, welche die Forderungen am ersten Tage bewilligt haben, da sie in Verhandlung mit ihren Leuten eine Einigung erzielt hatten. Doch im Laufe der Woche änderte sich das Verhältnis. Die „Freie Vereinigung“ der Holzindustriellen hatte nämlich beschlossen, die Forderungen der Gesellen abzulehnen und dieselben auf sechs Wochen auszusperrn. Alle Meister, welche die Forderungen der Gesellen bewilligten, sind von der „Freien Vereinigung“ derartig bearbeitet worden, daß ein großer Theil der Meister sich den Wünschen derselben angeschlossen, und zwar diejenigen Werkstätten, in welchen Forderungen überhaupt noch nicht gestellt sind, und diejenigen, in welchen die

Meister die Forderungen der Gefellen anerkannt, also bewilligt haben. Der Beschluß der „Freien Vereinigung“ ging auch dahin, nicht nur sämtliche Tischler auf sechs Wochen auszusperrn, sondern in den Betrieben, für welche Bewilligung zugestanden oder Forderungen noch nicht gestellt sind, vom Montag, den 26. Februar allwöchentlich 20 % der Tischler zu entlassen, um auf diese Weise den Generalfreistil herbeizuführen. — Die Entlassung der 20 % der Arbeiter ist am Montag erfolgt, es haben sich nun aber die Kollegen von verschiedenen Werkstätten entschlossen, sich mit den Entlassenen solidarisch zu erklären, und somit die Arbeit niedergelegt. Am Donnerstag, 22. Februar, fand eine Versammlung der Besitzer der Holzbearbeitungsmaschinen-Betriebe statt, in welcher die Forderung der „Freien Vereinigung“, ihre sämtlichen Arbeiter am Freitag bezw. Sonnabend auszusperrn, beschlossen wurde. Von den 110 Besitzern haben sich 78 verpflichtet, dem nachzukommen und ist auch bereits ausgeführt.

Wann unter solchen Verhältnissen der Kampf beendet sein wird, ist noch nicht abzusehen, immerhin sind aber sämtliche beteiligten Tischler, Drechsler Polierer, Bildhauer und Maschinenarbeiter fest entschlossen, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen und ihre Rechte bis zum Äußersten zu verteidigen. **W. Liebcher.**

Breslau. In der am 17. Februar stattgefundenen Versammlung des Ortsv. der Tischler fand nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten die Abstimmung über den Antrag Liebau-Wulff nebst Amendement Meyer statt. Der Unterzeichnete nahm zuerst das Wort und führte ungefähr Folgendes aus: Wenn so kurze Zeit nach einer Generalversammlung Anträge auf Gehaltserhöhung gestellt werden, so muß mit Recht jedes Mitglied fragen, wozu eine Generalversammlung denn überhaupt einberufen wird, wenn deren Beschlüsse nach einigen Monaten schon aufgehoben werden sollen. Man könne doch nicht gut annehmen, daß die Majorität aus „Strohmannern“ bestanden habe, welche nicht gewußt haben, was sie beschließen. Der Einwand, daß auf der Generalversammlung keine Zeit gewesen sei, die Angelegenheit gründlich zu erörtern, könne nicht anerkannt werden, da dieselbe schon am ersten Verhandlungstage zur Diskussion stand und dann durch Verweisung an eine Kommission erst recht sorgfältig behandelt werden konnte. Daß dann am letzten Tage ziemlich kurz darüber hingegangen wurde, lag doch wohl an den am meisten Beteiligten selbst, weil sie es nicht verstanden haben, ihre bedrohten Stellen zu verteidigen, zumal mindestens Herr Wulff s. Bt. als schlagfertiger Redner bekannt war. Ueber die Form des Antrages selbst muß ich meine Verwunderung ausdrücken, da nach meinem Dafürhalten dem Generalrathe nicht die Befugnis zusteht, eine Gehaltserhöhung zu beschließen. Das Resultat der Abstimmung im Generalrathe ist mir ebenso räthselhaft, da 10 Mitglieder (?) des Generalrathes auf der Generalversammlung anwesend waren. Auch die Art der Abstimmung ist sonderbar zu nennen, denn wenn die Kollegen am Vorort mittelst Zettel abstimmen, so ist doch nicht einzusehen, warum die Auswärtigen anders behandelt werden sollen. Wenn in der Motivierung des Antrages bemerkt wird, daß die beiden Beamten die volle Verantwortlichkeit ihrer Ämter zu tragen haben und noch tragen, so ist dem entgegenzuhalten, daß trotz dieser Verantwortlichkeit eine Menge Unpünktlichkeiten vorgekommen sind und auch jetzt, nach der Einstellung eines vierten Beamten, noch vorkommen. So hat der Kassierer unseres Vereins trotz dreimaligen Ersuchens innerhalb drei Wochen erst nach einer Beschwerde an die Generalrevisoren Krankenscheinformulare erhalten und ein vor zwei Wochen angemeldetes Mitglied ist bis heute noch nicht als aufgenommen bestätigt worden. Wo bleibt denn da die Verantwortlichkeit? Nach Lage der Sache müssen wir demnach annehmen, daß die Generalversammlung Recht gehabt hat, wenn sie wegen Vernachlässigung der Geschäftsführung, welche nicht allein des vorgerückten Alters wegen, sondern auch wegen allzu großer Einseitigkeit ihre Ursache hatte, auf Abhilfe dachte und um nach allen Richtungen hin den Verhältnissen Rechnung zu tragen, den Kommissionsvorschlag annahm. Wollte man aber auch annehmen, die Generalversammlung hätte sich geirrt oder wäre durch irgend welche Einflüsse irregeleitet worden, so träte den Generalrath und die Generalrevisoren der Vorwurf, daß sie nicht schon vor der Generalversammlung die herrschenden Mißstände untersucht haben, um der Generalversammlung wahrheitsgetreu zu berichten. In diesem Falle hätten wir auch bezüglich der Nothwendigkeit der Anstellung eines vierten Beamten geirrt, welche allerdings auch von keiner Seite beantragt war. Daß ein Generalrevisor, welcher doch dazu berufen ist, die Interessen der Mitglieder und der Kasse wahrzunehmen, Anträge, welche letztere belasten, stellt, muß uns ebenfalls befremden, zumal der vierte Beamte wohl noch nicht Gelegenheit gehabt hat, Außerordentliches zu leisten (1). Die Ausfertigung der Mitgliedsbücher ist allerdings etwas Außerordentliches, aber ob dies eine Gehaltserhöhung rechtfertigt, muß doch wohl bezweifelt werden. Da sind in unserem Ortsvereine Bücher gezeigt worden, worin der Vorname Reinhold in Richard verwandelt, der Zuname oder der Geburtsort falsch geschrieben, auch das Datum der Geburt ganz falsch war u. s. w. Das sind nicht einzelne Flüchtigkeitsfehler, sondern eine ganze Anzahl, welche von den Mitgliedern selbst entdeckt wurden; wie viele mögen noch stecken, welche bis jetzt nicht gefunden worden sind. Jedenfalls glauben wir berechtigt zu sein, von einem Bureaubeamten auch schon bei 120 Mk. Gehalt verlangen zu können, daß er richtig abschreiben kann und daß er z. B. weiß, wie „April“ (derselbe ist an all diesen Monitas unschuldig. D. Red.) geschrieben wird.

Nachdem noch mehrere Mitglieder dem Ausgeführten zustimmend gesprochen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten. Hierauf wurde ein Antrag angenommen: Einen Bericht über die heutige Versammlung an die Redaktion der „Eiche“ zu senden mit der Bitte um Abdruck. An Stelle des erkrankten Sekretärs wurde der Unterzeichnete mit der Abfassung des Berichtes beauftragt.

Ferner stellte die Ortsvereins-Versammlung den Antrag: Die Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses soll spezialisiert erfolgen, so daß zu ersehen ist, wie viel Stimmen für oder gegen den Antrag in jedem Ortsvereine abgegeben wurden. **R. Treiber.**

Mürnberg. Einem schon seit vielen Jahren geübten Gebrauch gemäß erstattete der Vorsitzende des hiesigen Ortsvereins I (Tischler) in der Versammlung einen kurzen Jahresbericht. In seiner Eröffnungsrede bemerkte derselbe, daß der Besuch der Versammlung zwar ein guter zu nennen sei, allein es sind gerade jene Mitglieder nicht anwesend, für die der abgegebene Bericht eigentlichen Werth hätte. Es wäre an der Zeit, daß sich die jüngeren Mitglieder mehr den Interessen der Organisation zuwenden würden, als wie bisher. In seinem Referat über die Thätigkeit des Vereins selbst betonte der Referent, daß im vergangenen Jahre trotz der stattgefundenen Lohnbewegung kein Anlaß vorlag, außerordentliche Sitzungen oder Versammlungen stattfinden zu lassen; von den stattfindenden ordentlichen Versammlungen konnten sogar vier wegen des flauen Besuches von Seiten der Mitglieder nicht eröffnet werden. Er hoffe und erwarte, daß dieses Vorkommniß im andern Jahr nicht mehr bemerkt zu werden brauche. Der Rechtsschutz wurde in drei Fällen benutzt, wovon zwei Fälle erledigt und einer noch in der Schwebe sei. Der Hilfsfonds wurde einmal in Anspruch genommen. Für Wander- und Reiseunterstützung wurden 5,75 Mk., als Uebersiedelungsbeitrag für einen Fall 11,72 Mk. und als Unterstützung an ein arbeitsloses Mitglied 36 Mk. gezahlt. Im weiteren Verlauf des Referats berührte Redner auch nochmals die gefaßten Beschlüsse der Generalversammlung (Delegirtentag). Insbesondere dürfte die Arbeitslosen-Unterstützung in Zukunft an Bedeutung gewonnen haben, da der Holzarbeiterverband ebenfalls diese Unterstützung einführen will, was wiederum beweist, daß die Deutschen Gewerksvereine mit Einführung ihrer Kassen das Richtige getroffen haben. Kassierer Eggmann führt als weiteren Bericht an, daß der Ortsverein z. Bt. 80 Mitglieder zählt, von welchen 60 auch der Zuschußklasse und 13 der Begräbniskasse des Gewerksvereins angehören. Die Kassen selbst schlossen ab: Ortsverein mit einem Bestand von 187,70 Mk., der Bildungsfonds mit 1,20 Mk. und die Begräbniskasse mit 13,39 Mk. Von Seiten des Vorsitzenden wurde insbesondere auf den guten Bestand der ganzen Gewerksvereins-Begräbniskasse aufmerksam gemacht und besonders die jungen Mitglieder aufgefordert, beizutreten und ferner auch die Frauen zum Beitritt zu veranlassen. Kassierer Eggmann hatte eine Zusammenstellung der laut Quartalsabschlüssen bekannt gegebenen Unterstützungen des ganzen Gewerksvereins gemacht, welches wiederum beweist, daß der Gewerksvereinsgroßchen vieles Härte mildert. Nach dieser Zusammenstellung wurden im Laufe des vergangenen Jahres gezahlt: an Ausgesperrte 488,50 Mk., an Arbeitslosigkeits-Unterstützung 3031,— Mk., an Reise- und Wanderunterstützung 1256,32 Mk., als Beihilfe zur Uebersiedelung 1119,92 Mk. und aus dem Hilfsfonds 1050,— Mk. Die Ausführungen der beiden Referenten wurden mit großem Interesse verfolgt und machten besonders die Ausführungen des Kassierers großen Eindruck auf die Versammlung, ob der großen Leistung des Gewerksvereins für den Betrag von 10 Pf. Nach kurzer geschäftlicher Mittheilung schloß der Vorsitzende sodann die Sitzung.

L. Lederer, Sekretär.

Br. Stargard. Die zu Freitag, 16. Februar, einberufene Versammlung, betr. den Antrag Liebau und Wulff nebst Amendement Meyer, ist zu folgendem Resultat gelangt: Der Vorsitzende Gen. Barz erläuterte diesen Punkt den anwesenden Mitgliedern und betonte, daß ein jeder vernünftig denkende Gewerksvereinsgenosse dafür stimmen würde, den beiden Beamten Liebau und Wulff, die, wie gesagt, 25 Jahre in voller Thätigkeit ihre Dienste dem Gewerksverein gewidmet haben, ein entsprechendes Gehalt zu zahlen. Es ist leicht denkbar, daß mit einem Gehalt von 100 Mark monatlich in einer Stadt wie Berlin spärlich durchzukommen ist. Es wurde nach reger Debatte beschlossen: das Gehalt zu erhöhen auf 130 Mark, jedoch erst vom 1. Januar 1900 ab. Was den neuen Beamten Gen. Ziehlke betrifft, so sind wir der Meinung, das Gehalt auf monatlich 120 Mark monatlich festzusetzen, indem wir uns doch erst von dessen Leistung für den Gewerksverein überzeugen müssen; alsdann könnte eine Gehaltserhöhung für denselben noch immer beantragt werden.

Der Ausschuß.

Langenöls. Der Ortsverein der Tischler zu Langenöls hielt am Sonnabend, 20. Januar, seine erste Versammlung ab. Der Vorsitzende hieß die Anwesenden willkommen und hofft, daß die Versammlungen das ganze Jahr so zahlreich besucht werden, wie die heutige. Nach Verlesung des letzten Protokolls und nach erledigter Beitragzahlung findet die Aufnahme neuer Mitglieder statt, welche vom Vorsitzenden willkommen geheißen und zur Aufnahme dem Generalrath überwiesen werden. Hiernach giebt der Kassierer einen Bericht über Einnahme und Ausgabe des verflossenen Jahres, aus welchem zu ersehen ist, wie an Mitgliedern Rechtsschutz in verschiedenen Rechtsfragen, ferner an ein Mitglied eine Nothstands-Unterstützung, außerdem auch noch die zehnwöchige Arbeitslosen-Unterstützung gewährt

wurde, sowie aus dem Bildungsfonds wieder mehrere Bücher zur Belehrung und Unterhaltung angeschafft wurden. An geselligen Unterhaltungen fand im Sommer eine größere Partie nach dem weitbekannteren Gräditzberg, zwischen Löwenberg und Goldberg, statt, die viel des Sehenswerthen den Mitgliedern brachte, daher auch zur allgemeinen Zufriedenheit ausfiel. Ein Familienabend und das am 3. Februar d. J. stattgehabte sechste Stiftungsfest fanden, namentlich letzteres, seines reichen Programms wegen, auch von den zahlreichen Gästen außerordentliche Anerkennung. — Von Seiten des Queisthalverbandes wurde im vergangenen Jahre in Lauban eine öffentliche Gewerksvereinsversammlung einberufen, zum Zweck der Beschlussfassung über ein in Lauban und Kreis Lauban zu gründendes Gewerbeschiedsgericht, zu welcher unser Genosse Bonack aus Görlitz das Referat übernommen hatte. In dieser öffentlichen Versammlung, welche von unserer Seite mittelmäßig, von Seiten der Gewerkschafter sehr zahlreich besucht war, wurde der Beschluss gefasst, diese Angelegenheit gemeinschaftlich zu verfolgen, da die Gewerbeschiedsgerichte doch von allgemeinem Interesse für jeden Arbeiter sind; die Versammlung beschloß daher, ein Komitee zu wählen, welches diese Sache zur Ausföhrung bringe, und wurden hierzu drei Gewerksvereinsmitglieder und zwei Mitglieder der Gewerkschaft gewählt. Dieses Komitee machte nun die Eingabe an den Magistrat und an das Landrathsammt des Kreises Lauban; von beiden Behörden lief abschlägiger Bescheid ein, mit der Begründung, daß hierfür ein Bedürfnis nicht vorliege. Zufolge dieses Bescheides hielt am 4. Februar unser Verbands-Redakteur Herr Goldschmidt in einer hier einberufenen öffentlichen Versammlung einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Gewerbeschiedsgerichte für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Versammlung war von beiden Theilen recht zahlreich besucht und der Vortragende hatte den Zweck der Gewerbeschiedsgerichte zu Jedermanns Verständniß erklärt, was auch seitens der Versammlung dadurch anerkannt wurde, daß das Komitee seine Eingaben nochmals einreichen soll, wo alsdann Herr Goldschmidt als Landtagsabgeordneter dem Komitee in jeder Hinsicht zur Erreichung des Zieles behülflich sein würde.

P. Meizer, Sekretär.

Patentliste

aufgestellt durch das Patentbureau von Richard Lüders in Görlitz. *)

Patent-Anmeldungen:

- J. 5 428. Klappstuhl. — Max Fetische, Merseburg.
- J. 11 451. Kreissäge und Fräsmaschine mit verstellbarem Tisch und oberhalb desselben gelagerter Werkzeugwelle. — Emil Füssel, Pirna a. G.
- P. 10 810. Zusammenschiebbares Bettgestell. — James Welsh Pepper, Philadelphia.
- G. 14 049. Dreitheilige, auf einem Tisch zu befestigende Billardplatte. — Pierre Girardet, Paris.
- J. 5 072. Stagenförmiger Blumentisch. — Gustav Tuckoff, Berlin.

Patent-Ertheilungen:

- 110 230. Schirm- oder Stöckgriff mit aufklappbarem Griff. — A. Walther, Eisenach.
- 110 197. Küchenabwassertisch. — E. Köhler, Hannover.

*) Auskünfte ohne Recherchen werden den Mitgliedern wie Abonnenten dieser Zeitung durch das Bureau kostenfrei ertheilt.

- 110 242. Waarenkasten. — E. Schuster, Stettin.
- 110 152. Zivolispiel. — E. S. Carr, D. B. Allaman, W. C. Kennedy und D. A. Fletcher, Dayton, Ohio, U. St. A.

Gebrauchsmuster-Eintragen:

- 128 632. Blumenhalter mit in einander schiebbaren Bügeln zum Festhalten der Blumen. — F. G. P. Köpfe, Kiel.
- 128 718. Billard-Tisch mit durch vermittelte Schraubenspindeln bewegte Kniehebel anhebbarer Obertheil. — S. von Hoerde, Viesefeld.
- 128 648. Tisch mit diagonalen Fußstellung. — Gregor Rosenbauer, Limburg a. d. Lahn.
- 128 782. Zusammenlegbares Kull aus vier mit einander gelenkig verbundenen Platten, von denen zwei als Stützen für die anderen mit Schubriegeln festgehalten werden. — Emil Reichelt, Dresden.
- 128 857. Federkasten mit drehbarem, mit seinem unteren Ende in einen Falz eingreifenden Deckel. — Franz Schönherr, Oßernhau.

Auskunft der „Eiche“.

Auskunft in allen Fragen des praktischen Lebens ertheilen wir unseren Mitgliedern gern umsonst, schnellstens und gewissenhaft

in der Auskunft: sobald die Anfrage von allgemeinem Interesse ist, **schriftlich:** sobald es sich um persönliche Angelegenheiten handelt.

Wird schriftliche Antwort gewünscht, dann ist der Anfrage ein mit der Adresse versehenes und postfrei gemachter Briefumschlag beizufügen.

U. A. in Görlitz. Der Beginn der dortigen Versammlungen ist in Ihrer Einsendung sehr deutlich mit 1/8 Uhr Abends angegeben, was also von uns richtig vermerkt. —

J. D. in Augsburg. Ein Bericht über die Versammlung am 25 Februar dürfte zur Veröffentlichung geeigneter sein, als die eingefandte Meinung Einzelner. —

F. B. in Löbau. In dieser Form zur Aufnahme nicht geeignet. —

Kollege Albert. Ist ein Sparkassenbuch durch Verlust oder Diebstahl abhanden gekommen, so ist zur Verhütung von Nachtheil dem Mandanten der Sparkasse sofort davon Kenntniß zu geben, welcher durch einen Vermerk in den Büchern der Sparkasse das Buch außer Cours setzt. Dies hat zur Folge, daß bei Präsentation des Buches dasselbe dem Präsentanten abgenommen wird und die Interessenten mit ihren Ansprüchen an das Gericht gewiesen werden. Gegen die Auszahlung an einen Dritten kann sich der Einzahler auch durch einen in das Kassensbuch einzutragenden Vermerk, „daß die eingezahlten Beträge nur ihm allein oder seinen legitimierten Erben ausbezahlt seien“, jederzeit sichern.

Bernhard. Das Verhältnis zwischen Dienstherrschaft und Gesinde ist nicht nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, sondern nach der Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810 rechtlich zu beurtheilen (vergl. Art. 95 des Einföhr.-Gesetzes zum Bürgerl. Gesetzbuch). Diefes schreibt aber in § 86 vor: Zieht ein Dienftbote sich durch den Dienst oder bei dessen Gelegenheit eine Krankheit zu, so ist die Herrschaft, namentlich wie in Ihrem Falle, wo das Gesinde keine nahen Anverwandten hat, schuldig, für seine Kur und Verpflegung, und zwar bis zum Ende der vertragsmäßigen Dienstzeit, zu sorgen. Dauert die Krankheit über die letztere hinaus, so hört mit dieser die äußere Verbindlichkeit der Herrschaft für jene Sorge zwar auf, doch muß sie der Obrigkeit des Ortes rechtzeitig davon Anzeige machen, damit diese für das Unterkommen eines dergleichen verlassenen Kranken sorgen kann (§§ 92, 93 a. a. O.). Die Lohnpflicht der Herrschaft bleibt neben der Krankenfürsorge dem kranken Dienftboten gegenüber bis zum Ende der vertragsmäßigen Dienstzeit bestehen.

Seuilleton.

Das Geheimniß der Abtei.

Nach dem Englischen von Willie Johnson. Autorisirte Uebersetzung von M. Sanden.

(Nachdruck verboten.)

(12. Fortsetzung.)

„Sie ist hier,“ sagte ich zu mir selbst, „sie ist unter diesem Dache! Vielleicht wenige Schritte von hier entfernt bringt sie traurig diese Nacht zu, wie sie deren hunderte verlebt hat. Noch wenige Stunden und ich werde sie sehen, sie sprechen. Wie werde ich sie finden? Hat sie die Klarheit des Verstandes verloren? Wird sie uns verstehen — unseren Worten glauben und uns einlassen?“

Ich erinnerte mich des kleinen bleichen Kindes, welches das Porträt in der Hütte der Großmutter vorstellte, und entwarf jetzt ein ähnliches von ihr, nur größer von Gestalt und mit älteren, vor der Zeit gealterten Zügen. Ich dachte mir ein verwelktes, lebensmüdes Weib von neunzehn Jahren.

Schlafen konnte ich in dieser Nacht nicht und ging deshalb gar nicht zu Bett, sondern erfrischte mich nur, ehe Mr. Davis in früher Morgenstunde zu mir kam, durch Waschen und Umkleiden. Auch er schien wenig Ruhe genossen zu haben. Anfangs drückten wir uns

nur die Hand und schwiegen. Das Manuskript lag offen auf dem Tische. Unwillkürlich richteten sich unsere Blicke darauf und endlich sagte ich flüsternd: „Was ist zu thun?“

„Nehmen Sie Platz, meine liebe Miß Vernon“, erwiderte er, einen Stuhl herauziehend und sich neben mich setzend, „wir müssen diese schreckliche Angelegenheit ruhig besprechen. Kapitän Sinclair hat uns überlassen, alles zu thun, was nöthig ist. Natürlich muß unser erster Schritt sein, das unglückliche Opfer jenes verbrecherischen Weibes in Freiheit zu setzen, allein es bedarf reichlicher Ueberlegung. Diesen Schritt zu thun, ohne das traurige Sachverhältniß bekannt werden zu lassen, scheint fast unmöglich; und doch enthielten Sinclair's letzte Worte, als er mir zum Abschiede die Hand drückte, die flehende Bitte, jede Bloßstellung seiner Frau zu vermeiden, soweit es möglich sei. Was würden Sie vorschlagen? Können Sie ein Mittel entdecken? Mac Ivor, der jetzt wieder vollkommen ruhig und gesammelt ist, meint, wir thäten am besten, uns den Daltons zu vertrauen.“

„Das wäre auch mein Vorschlag“, versetzte ich. „Es scheint mir unmöglich, ohne fremden Beistand das unglückliche Mädchen zu befreien und ihr ein vorläufiges Unterkommen zu verschaffen. Der Pfarrer und dessen Frau sind vortreffliche, warmfühlende und verständige Leute, denen wir unbedingt vertrauen können und die nie daran denken werden, das unglückliche Weib der Gerechtigkeit zu überliefern.“

Bei den letzten Worten bemerkte ich einen seltsamen Ausdruck in den Zügen von Mr. Davis.

„Das unglückliche Weib,“ sagte er, „hat auf dieser Welt nichts mehr zu fürchten.“

„Ach,“ rief ich, „sie führte Gift bei sich — sie sagte es in ihren Geständnissen.“

„Ja, sie wurde todt aus dem Wagen gehoben,“ bemerkte er. „Ein expresser Bote langte gestern Abend erst spät an und überbrachte diesen Brief.“

Er legte ihn in meine Hände. Die Schrift war sehr undeutlich, und nur mit Mühe konnte ich folgenden Inhalt entziffern:

„Lieber Davis! Meine Frau ist todt. Sie saß sprach- und regungslos neben mir, bis wir in geringer Entfernung von . . . waren; dann legte sie ihre Hand in die meinige. Ich konnte sie nicht zurückstoßen. Sie drückte meine Hand und hielt sie einige Minuten lang fest, worauf ihre Finger sich langsam lösten und ich meine Hand zurückzog, gerade als wir vor dem Gasthose anhielten. Ich stieg zuerst aus, und die Diener des Hauses traten an den Wagen, um ihr behilflich zu sein. Plötzlich entstand eine Verwirrung, ich hörte mehrere Ausrufungen des Staunens und Schreckens und sah endlich meine Frau todt aus dem Wagen heben. Zu ihrer linken Hand hielt sie ein kleines Fläschchen. Ich werde hier bleiben, die Leute sind hier sehr artig und theilnehmend. Thun Sie für mich, was Sie können, und schonen Sie ihrer, so weit es möglich. Nehmen Sie Rücksprache mit Miß Vernon. Gott sei mit Ihnen!
C. Sinclair.“

Schweigend gab ich ihm den Brief zurück, denn es war mir unmöglich, zu sprechen. Dann erzählte mir Davis, was geschehen war, seitdem er mich in der Hütte der alten Frau verlassen hatte.

„Bei meiner Ankunft in der Abtei,“ begann er, „traf ich Kapitän Sinclair in der Vorhalle, bleich und ein wahres Bild des Schreckens. Er hatte eine Rolle Papier in der Hand und zog mich in das nächste Zimmer, wo er sich setzte und mir zurief: „Hier, lesen Sie dieses mit mir!“ Ich leistete seinem Wunsche Folge und wir durchlasen Beide das Memoir über Lady Deighton's Leben, welches ich Ihnen gestern gegeben habe. Während dessen zitterte seine Hand so sehr, daß ich das Papier halten mußte. Mit sichtbarer Angst und Ungeduld eilte er dem Ende zu und überschlug mehrere Seiten des Anfangs, bis sein Auge auf das Wort „die Abtei“ fiel. Dann schien er alle Kraft zu sammeln und las gefasster weiter. Kurz vor dem grauenvollen Schlusse begann er von neuem zu zittern, aber beherrschte seine Gefühle, und als wir geendet hatten, verhielt er sich so still, daß ich ihn einer Ohnmacht nahe glaubte. In diesem Augenblick kam jedoch Lady Deighton's Kammermädchen plötzlich in das Zimmer und sagte:

„Ach, hier sind Sie, ich habe Sie im ganzen Hause gesucht. Was soll ich thun? Mylady hat befohlen, einzupacken und den Wagen anspannen zu lassen. Verreisen wir und soll ich diesen Befehlen Folge leisten?“

„Ja,“ flüsterte er mir zu — „ja, das wird das Beste sein. Ich muß mit ihr fort von hier gehen; bleiben Sie hier und handeln Sie für mich.“

Ich erbot mich, zu Lady Deighton zu gehen, um ihre Wünsche zu erfahren, und er gab mir ein Zeichen, es zu thun. Sie können

sich denken, mit welchen Empfindungen ich nach den Zimmern dieser Frau ging; aber Mac Ivor begegnete mir auf dem Wege dahin und hielt mich zurück. Er war völlig ruhig und gesammelt.

„Haben Sie Kapitän Sinclair gesprochen? Wissen Sie Alles?“ fragte er.

„Ja,“ war meine Antwort.

„Es ist Ihnen also auch bekannt, daß Lady Deighton die Abtei verlassen will?“

„Ja,“ wiederholte ich.

„Sie thut recht“, bemerkte er, „es ist der weiseste Entschluß, den sie fassen konnte.“

„Während dieser Worte traten wir in sein Zimmer, wo er die Thür verschloß und dann fortfuhr:

„Als ich die Abtei erreichte, ging ich geraden Wegs nach ihren Gemächern und trat ein, ohne mich auf irgend eine Weise anzumelden. Sinclair befand sich zufällig dort. Ich handelte unter dem Einflusse eines unwiderstehlichen Dranges und habe jetzt die Umstände nicht klar vor Augen, später werden sie mir vielleicht einfallen. So viel mir erinnerlich ist, beschuldigte ich sie mit dünnen Worten des doppelten Verbrechens, der Ermordung ihres Gemahls und der heimlichen Gefangenhaltung des jungen Mädchens Grace Wilson. Nie hat es ein solches Weib gegeben, glaube ich, und wird es nie wieder geben. Ihre Kälte und Entschlossenheit machten mich selbst in meiner übernatürlichen Aufregung starr. Ohne eine Miene zu verziehen, blickte sie mich stolz und entschieden an, öffnete ein Schreibpult und nahm ein Bündel Papiere heraus, welches sie dem Kapitän Sinclair mit den Worten reichte: „Dies die letzten zwei oder drei Bogen und führe mich von hier fort.“ Dann stand sie auf und ging mit langsamen, festen Schritten in das Nebenzimmer. Sinclair verließ auch das Gemach, mit den Papieren in der Hand, wie ein Träumender. Ich blieb zurück in der Erwartung, daß sie wiederkommen oder mich rufen lassen werde. Es war mir lieb, allein zu sein, meine Gedanken sammeln und überlegen zu können, was jetzt zu thun sei. Nach wenigen Augenblicken kam jedoch die Kammerjungfer in großer Eile und Verwirrung herein. Sie erschraf bei meinem Anblicke, aber schien mit ihren eigenen Gedanken zu sehr beschäftigt zu sein, um etwas andres zu beachten; und froh, jemand zu finden, gegen den sie sich aussprechen konnte; begann sie mir zu erzählen, das Mylady ihrer Meinung nach wahnsinnig geworden sein müsse, da sie plötzlich befohlen habe, anspannen zu lassen und Alles zu einer schleunigen Abreise vorzubereiten.“

„Ich fragte, ob die Dame krank sei.“

„Keineswegs,“ erwiderte das Mädchen in ärgerlichem Tone, „Nichts fehlt ihr, soviel ich sehen kann. Von allen ihren sonderbaren Einfällen ist das der sonderbarste; aber ich werde zum Kapitän gehen und fragen, was er dazu sagt.“

„Dann verließ sie das Zimmer und ich folgte ihr, um Sinclair aufzusuchen, als ich Sie traf.“

(Fortsetzung folgt.)

Ämtlicher Theil.

36. Bureauitzung.

Verhandelt Berlin den 26. Februar 1900, Vormittags 10¹/₄ Uhr.

1. Neckarsulm. Hinsichtlich eines Referenten zu der dort in Aussicht genommenen größeren Versammlung wird dem ausgesprochenen Wunsche thunlichst entsprochen werden.

2. Lübeck. Dem Antrage wegen Entsendung des Genossen Nehls (Hamburg) zu der am 10. 3. in Aussicht genommenen Versammlung, um in derselben das Referat zu übernehmen, wird zugestimmt.

3. Leipzig. Dem Mitgliede Buch-Nr. 15 899 Borg konnte nicht Arbeitslosigkeitsunterstützung bewilligt werden, weil die Wartezeit, welche der § 4 des Reglements für Berechtigung zum Empfange dieser Unterstützung vorschreibt, von dem Mitgliede noch nicht eingehalten war.

4. Augsburg. Von der Zuschrift des Vorsitzenden ist Kenntniß genommen.

5. Rathenow. Hinsichtlich der Frage, die Sammlung zu dem Bau einer Lungenheilanstalt betreffend, steht sich der Vorstand nicht veranlaßt, amtlich näher darauf einzugehen.

6. Lüdenscheid. Dem Mitgliede Buch-Nr. 4 131 Ricd wird der nachgesuchte Rechtsschutz bewilligt.

7. Dr. Bieschen. Auf Grund einer vorliegenden Rechnung eines einzelnen Mitgliedes, die Kosten eines Kurses in der Stenographie zu erstatten, wird abgelehnt, indem in dieser Angelegenheit eigenmächtig von dem Mitgliede verfahren ist.

8. Sagen. Von der Mittheilung hinsichtlich der Agitation ist Kenntniß genommen worden; es wird dieselbe bei passender Gelegenheit berücksichtigt werden.

9. Elberfeld. Weisel. Von Ihrer Mittheilung, hinsichtlich Uebernahme für Sie passender Entsendungen, ist dankend Bernerf genommen.

10. Breslau. Treiber. Von Ihrer Zusage ist dankend Kenntniß genommen worden.

11. Berlin (Erster). Die gemeldete Ergänzungswahl des Kassirers wird im Namen des Generalraths und Vorstands mit dem Vorbehalte bestätigt, daß Kontrakte und Kauttionen rechtzeitig eingeschickt werden.

12. Nothenthal. Der Antrag des Mitgliedes Buch-Nr. 5 194 Goldmeier wegen Unterstützung muß abgelehnt werden, weil der § 2 des Reglements nicht zutreffend, ferner aber das Mitglied wegen zu kurzer Mitgliedschaft für Arbeitslosigkeits-Unterstützung noch nicht bezugsberechtigt ist.

13. Auf die Beschwerde des Ausschusses des Ortsvereins Berlin (Nord) wegen Bevorzugung fremder Genossen, gegenüber Mitgliedern beim Arbeitsnachweis antwortet der Schriftführer der Vorortskommission dahingehend, daß in dieser Sache weder der Arbeitsvermittler noch der Gastwirth des Arbeitsvermittlungsbureaus ihre Befugnisse überschritten haben, denn es ist das betreff. Arbeitsangebot erst einem arbeitslosen Mitgliede ausgehändigt, der jedoch aus unbekanntem Gründen nicht eingestellt wurde und erst nun ist einem anwesenden fremden Genossen das Angebot zur Benutzung übergeben worden.

14. Kaiserslautern. Zu der Rechtsschutzsache des Mitgliedes Hüttenberger ist, ehe Beschluß zu der Sache gefaßt werden kann, erst eine genaue Darstellung des ganzen Vorfalles, oder die Akten zu der Sache einzuschicken.

15. Posen. Hinsichtlich des Mitgliedes Banseil ist zu der Mittheilung zu erwähnen, daß auf den § 5 des Reglements hingewiesen wird, nach welchem das Mitglied in diesem Falle zum Empfang der Unterstützung nicht berechtigt ist.

16. Kall. Nachdem nunmehr Nachricht gegeben worden, daß Genosse Lothofen unter dem 5. d. M. nach Kall übergesiedelt ist, steht der Bestätigung nichts mehr im Wege.

17. Osterode. In Betreff des Mitgliedes Buch-Nr. 4742 Grunwald kann der gefasste Beschluß nicht geändert werden, da die vorliegende Mitteilung hierzu keine Veranlassung bietet.

18. Berlin (Erster). Von dem Berichte über die erhaltenen Aussperrungen einer Anzahl Mitglieder wird Kenntnis genommen.

19. Aussperrungsunterstützung ist zu zahlen: dem Mitgliede Buch-Nr. 356 Gallung; — Buch-Nr. 373 Meißner; — Buch-Nr. 228 Mathies; — Buch-Nr. 374 Strauch; — Buch-Nr. 378 Bradenahl; — Buch-Nr. 381 Walter; — Buch-Nr. 342 Ständer; — Buch-Nr. 371 Rose; — Buch-Nr. 229 Herda; — Buch-Nr. 357 Spidermann; — Buch-Nr. 390 Sellke; — Buch-Nr. 415 UzarSKI sämtliche vom 19. 2. Berlin (Erster) angehörig. — Buch-Nr. 393 Brünmühl 23. 2.; — Buch-Nr. 312 Nowusch 24. 2.; — Buch-Nr. 317 Haesen v. 19.—21. (3 Tage) — sodann eingestellt und am 26. 2. wieder in Streik; — Buch-Nr. 361 Klautsch; — Buch-Nr. 329 Igel; — Buch-Nr. 363; Tonagel; — Buch-Nr. 402 Bannmann; — Buch-Nr. 233 Bunge; — Buch-Nr. 355 Heinrich 19. 2.; (in Arbeit 20. 2.); — Buch-Nr. 407 Gasse; — Buch-Nr. 394 Eichholz. 19. 2.; — sämtlich Mitglieder in Berlin (Erster). — Buch-Nr. 720 Strübing; — Buch-Nr. 732 Ehardt 19. 2. (dem Bureau bedauerlicherweise erst am 26. 2. gemeldet); — Buch-Nr. 577 Feist; — Buch-Nr. 588 Kalisch; — Buch-Nr. 602 Marzilger; — Buch-Nr. 607 Menz; — Buch-Nr. 625 Boeck; — Buch-Nr. 633 Benkert; — Buch-Nr. 644 Schlicht; — Buch-Nr. 664 Neumann; — Buch-Nr. 666 Heilmann; — Buch-Nr. 669 Lausky; — Buch-Nr. 677 Fischer; — Buch-Nr. 685 Hofe; — Buch-Nr. 687 Krause; — Buch-Nr. 690 Bohm; — Buch-Nr. 692 Lehmann; — Buch-Nr. 698 Kühncke; — Buch-Nr. 699 Ulrich; — Buch-Nr. 742 Worlitz; — Buch-Nr. 701 Brüggemann; — Buch-Nr. 702 Bifowsky; — Buch-Nr. 716 Arndt; — Buch-Nr. 724 Will; — Buch-Nr. 729 Mühlau; — Buch-Nr. 730 Jahn; — Buch-Nr. 741 Bonis; — Buch-Nr. 3632 Hedrich; — Buch-Nr. 5038 Hier vom 19. 2. an, sämtlich Mitglieder Berlin (Königt.). Betreff des Antrages des Mitgliedes Buch-Nr. 7018 Fischer bedarf es, ehe derselbe anerkannt werden kann der Klarstellung. Buch-Nr. 900 Pinkpank Berlin (Nord) 19. 2.; — Buch-Nr. 840 Pinkpank — Berlin (Nord) 24. 2.; — Buch-Nr. 5699 Staats-Spandau 19. 2.

20. Arbeitslosigkeits-Unterstützung ist zu zahlen den Mitgliedern Buch-Nr. 368 Piotrowski-Berlin (West) 26. 2. (dessen Beruf ist genau zu melden) (Beitragabst. 9. W.); — Buch-Nr. 4901 Sekulowski-Bosen 28. 2. (Beitragabst. 9. W.); — Buch-Nr. 2356 Heuger-Fürth 25. 2. (Beitragabst. 9. W.). Das Gesuch des Mitgliedes Buch-Nr. 93 Kohler-Augsburg kann nicht anerkannt werden, weil die Unterschrift des Antragstellers fehlt. Buch-Nr. 5925 Langkavel-Stettin 26. 2. (Beitragabst. 9. W.); — Buch-Nr. 4337 Vogel-Lampheim 25. 2. (Beitragabst. 9. W.).

21. In Arbeit: Osterode. Buch-Nr. 4734 Milluschewski 7. 2.; Buch-Nr. 4733 Langanki 6. 2.; — Buch-Nr. 4743 Eichholz 23. 1.; Buch-Nr. 4752 Stahl 28. 1.; — Buch-Nr. 4749 Koch; — Buch-Nr. 4754 Lungwitz 23. 1. — Von Mitglied Caplinski ist erst die Buch-Nr. anzugeben. Arbeitsmeldungen sind spätestens nach 2 Tagen nach Aufnahme der Arbeit dem Bureau zu melden. — Augsburg. Buch-Nr. 112 Egli 21. 2.; — Buch-Nr. 93 Kohler 26. 2.; — Buch-Nr. 3790 Haiht-Sauterbach 20. 2.; — Pasche-Breslau (Tischler) 25. 2.; — Buch-Nr. 368 Piotrowski-Berlin (West) 22. 2.

Die Arbeitsmeldung aus Nürnberg (Büttner) betreffs des Mitgliedes Buch-Nr. 4690, der am 19. 2. in Arbeit getreten, ist gegenstandslos, da das Mitglied nicht arbeitslos gemeldet worden.

22. Berlin (Königt.). Die beiden eingeschickten Anträge werden dem Generalrath überwiesen.

Schluß der Sitzung 3 1/4 Uhr Nachmittags.

Das Bureau:
R. Wahle, Vorsitzender.
F. Vieban, Schatzmeister.
E. L. Wulff, Generalsekretär.

Versammlungen.

März.

Altwasser. 3. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum schwarzen Adler“. Versch. zc.
Ausbach II (Büttner). 10. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum Tiger“. Beitrags.
Augsburg. 10. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. z. „Wiener Hof“, Carmelitenstr.
Bautzen. 3. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. „Stadt Pitzau“. Gesch. Beitrags.
Berlin (Erster). 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Versch.
Berlin (Königt.). 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Koppenstr. 65. Beitrags., Versch.
Berlin (Moabit). 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Rest. „Spreehallen“, Kirchstr. 27.
Berlin (West). 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Kulmstr. 10, Ecke Göbenstr. Versch.
Berlin (Nord). 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Vortrag d. Rechtsanwalts Hr. Sonnenfeld über: „Nichtszrecht“. Anschließend gesellige Abendunterhaltung.
Berlin VI (Pianofortearb.) 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpnickestraße 158 im Hof. Gesch., Beitrags., Versch.
Biberach. 4. Nachm. 3 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum Schwan“. Gesch. Beitrags.
Breslau (Holzarb.). 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Restaur. Büttner, Grenzhausgasse 4. Gesch. — Beitrags. auch am 31. März das.
Bromberg. 4. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Wichert, am Fischmarkt. Gesch., Versch.

Bruchsal. 4. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Rest. Selmling“, Bahnhofstr. Gesch.
Charlottenburg. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gamusek, Windscheidstr. 29. Gesch.
Cöln a. Rh. 4. Vorm. 10 Uhr, Vers. im „Rest. Bölgel“, Hohepforte 1. Beitrags.
Cottbus. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Gasth. „Drei Kronen“, Berlinerplatz.
Danzig. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstädt. Graben 9. Gesch. Beitrags., Versch.
Düsseldorf. 11. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. b. Hambücker, Ost- u. Steinstr.-Ecke.
Duisburg. 4. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Pelzer, Friedrich-Wilhelmspl. Beitrags.
Elberfeld. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gesundheitsstr. 46. Beitrags.
Forst. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Graßmann, Gerberstr. 26. Beitrags. zc.
Gleitwitz. 3. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Hüttenasthaus“. Gesch., Beitrags.
Görlitz (Tischl.). 7. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in d. „Pilgerschänke“, Heilige Grabstr. Gesch., Beitrags., Versch.
Görlitz II. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Opag“, Vauzenerstr. 43. Beitrags.
Hagen. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Haarmann, Wehringhauserstr. 39. Gesch.
Heiligenbeil. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. S. Hippler. Beitrags., Versch.
Jena. 10. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffeehaus“. Beitrags.
Karlsruhe. 4. Vorm. 9 1/2 Uhr, Vers. im Gasth. „König v. Preußen“, Adlerstr.
Landberg I. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Klatt, Paradeplatz. Beitrags. zc.
L.-Gohlis. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in der „Weintraube“. Gesch., Beitrags.
L.-Lindenau. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hönisch's Saalbau“, Lützenstr. 14.
Liegnitz. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum Kaiserhof“. Gesch., Versch.
Lindau i. Bodensee. 3. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Lindauerhof“. Beitrags.
Löbau. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Albertgarten“. Beitrags., Versch.
Lübeck. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Henning's Gasth.“, Marlesgrube 15. Gesch.
Mannheim. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Halben Mond“. Gesch., Versch.
M.-Glabach. 4. Nachm. 5 1/2 Uhr, Vers. (wo? D. Ned.) Beitrags., Gesch.
Neustadt (Westpr.). 4. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Freundschaftl. Garten“, Wallstr. Gesch., Beitrags., Versch.
Nowawes. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Germaniasaal“, Wilhelmstr. 24.
Nürnberg II (Büttner). 4. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Englischen Hof“, Bordere Fischergasse. Gesch., Versch.
Pasing. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in der „Brauerei Pasing“. Beitrags.
Rixdorf. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 199. Beitrags., Gesch.
Rudolstadt. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz.“ Beitrags., Gesch.
Saarbrücken. 10. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Hohenzollern“. Versch.
Schweidnitz. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum blauen Hekt“, Breslauerstr. Gesch. — Beitrags. jeden Sonntag das.
Siegen. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Sturm, Marburgerthor 13. Beitrags. zc.
Spandau. 10. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Sturm, Bahnhofstr. 1. Gesch., Beitrags.
Sprottan. 3. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum Berge“. Beitrags. zc.
Stahlfurt. 11. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Kalle, Güstenerstr. 3. Gesch., Versch.
Stettin-Grabow. 11. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Müller, Louisestr. 18. Versch.
Stolp. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Duggert. Gesch., Beitrags. u. A.
Striegau. 3. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum schwarzen Bär“. Beitrags.
Wittenberg. 11. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. b. Wildgrube, Juristenstr. Versch.
Wittenberge. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Göhrig, Mittel- u. Auguststr.-Ecke. Geschäftl., Versch.
Worms. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum Rheinthale“, Rheinstr. 4.
Zabrze. 3. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Kolojzy's Gasth.“, Glückaufstr. Beitrags.

Orts- und Medizinalverbände.

Düsseldorf (Ortsverband). Sonntag, 4. März, Vorm. 10 1/2 Uhr, 1. Vers. b. Figue, am Wehrhafen. T.-D.: Bericht über d. Arbeitersekretariat. Ref. Herr Ned. Stoffers; Vortrag über das neue Jubiläums- und Altersversicherungsgesetz. Ref. J. Becker.
 Sonntag, 4. März, Nachm. 5 1/2 Uhr, in Hildern, öffentliche Ortsverb.-Versammlung. T.-D. sowie Lokal und Referent s. Tageszeitungen.
Schwelm (Ortsverband). Sonntag, 4. März, Abds. 6 Uhr, Vers. b. Wwe. Hösterey, Kölnstr. T.-D. daselbst.

Anzeigen.

PATENTE
 schnell und sorgfältig durch
RICHARD LÜDERS, PATENT-BÜRO in GÖRLITZ.

Der Arbeitsnachweis des Ortsv. der Tischler u. verw. Berufsgen. zu **Schötmar** befindet sich b. Fr. Riese, Brederstraße. Mittags v. 12—1 Uhr, Abds. v. 7—9 Uhr. — Durchreisende Vereinsgenossen erhalten 50 Pf.

Magdeburg. Gute Möbel-tischler finden in einer hiesigen Tischlerei dauernd lohnende Arbeit. Näheres durch den Ortsv.-Kassirer **J. Dupont**, Schönebeckstr. 11.

Der gemeinsame * * *
*** Arbeitsnachweis** der Ortsv. d. Tischler Berlin I—VI sowie Charlottenburg, für Jedermann unentgeltlich, befindet sich jetzt **Grünstraße 20, pt.**
 Fernsprecher: Amt V, Nr. 1117.
 Täglich geöffnet Vorm. v. 8—10 Uhr.

Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Tischler **Schweidnitz** befindet sich b. Genossen Paul Schubert, Vorwerkstraße 3, S. II.

Mehrere tücht. Modelltischler finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Näheres durch den Ortsv.-Sekr. **Kadunski**, Graudenz, Uferstraße 11.